

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Landespolitik-Klimaschutz;art124,2364993>

Mietpreise



Klimaschutz erfordert höhere Mieten

Da hilft alles Sparen nichts. Durch die ständig steigenden Energiepreise klettern die Mieten in ungeahnte Höhen. Das Klimaschutzprogramm wird die Mietpreise voraussichtlich noch einmal erhöhen.

24.08.2007 15:29 Uhr

BERLIN - Das Klimaschutzprogramm kann nach Auffassung der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) die Wohnungswirtschaft und Hauseigentümer der Hauptstadtregion jährlich eine Milliarde Euro an zusätzlichen Investitionen kosten. Diese Investitionen müssten durch höhere Mieten amortisiert werden, sagte BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkhardt. "Wenn sich das Programm einigermaßen rechnen soll, müssten auch die Landesregierungen endlich entschlossener gegen die Preistreiberei bei der Energie vorgehen", fügte Burkhardt hinzu.

Seit 2000 stiegen die Preise für Heiz- und Beleuchtungsenergie um fast 50 Prozent. "Bei Gas und Fernwärme sind es im Bundesdurchschnitt sogar deutlich über 60 Prozent", betonte Burkhardt. Es könne nicht angehen, dass die mit Milliardeninvestitionen der Vermieter erzielten Einsparungserfolge von den Energieunternehmen zu immer weiteren Preiserhöhungen genutzt würden. Zwar werde weniger Energie verbraucht, der Mieter finde das aber am Ende auf seiner Betriebskostenabrechnung kaum wieder.

Unter dem Dach des BBU sind 368 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitglieder verwalten rund 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg. *(mit ddp)*

BBU: Mieten steigen wegen Klimaschutz

Berlin – Das Klimaschutzprogramm kann nach Auffassung der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) die Wohnungswirtschaft und Hauseigentümer der Hauptstadtregion jährlich eine Milliarde Euro an zusätzlichen Investitionen kosten. Diese Investitionen müssten durch höhere Mieten amortisiert werden, sagte BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkhardt am Freitag in Berlin. „Wenn sich das Programm einigermaßen rechnen soll, müssten auch die Landesregierungen endlich entschlossener gegen die Preistreiberei bei der Energie vorgehen“, fügte Burkhardt hinzu.

Seit 2000 stiegen die Preise für Heiz- und Beleuchtungsenergie um fast 50 Prozent. „Bei Gas und Fernwärme sind es im Bundesdurchschnitt sogar deutlich über 60 Prozent“, betonte Burkhardt. Es könne nicht angehen, dass die mit Milliardeninvestitionen der Vermieter erzielten Einsparungserfolge von den Energieunternehmen zu immer weiteren Preiserhöhungen genutzt würden. Zwar werde weniger Energie verbraucht, der Mieter finde das aber am Ende auf seiner Betriebskostenabrechnung kaum wieder.

Unter dem Dach des BBU sind 368 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften vereint. Die BBU-Mitglieder verwalten 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen in Brandenburg. ddp



BBU: Klimaschutz führt zu steigenden Mieten in Berlin

Pressemitteilung von: [BBU](#)

(openPR) - Das Klimaschutzprogramm könnte Wohnungswirtschaft und Hauseigentümer der Hauptstadtregion im Jahr eine Milliarde Euro an zusätzlichen Investitionen kosten. Das erklärte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU). Diese Investitionen müssten durch höhere Mieten amortisiert werden. „Wenn sich das Programm einigermaßen rechnen soll, müssen auch die Landesregierungen außerdem endlich entschlossener gegen die Preistreiberei bei der Energie vorgehen.“

Die Wohnungswirtschaft der Hauptstadtregion habe in den vergangenen Jahren schon viel in den Klimaschutz investiert. „85 Prozent der Bestände der BBU-Mitgliedsunternehmen sind mittlerweile ganz oder teilweise modernisiert. Mit Investitionen von fast 30 Milliarden Euro konnte der Heizenergiebedarf der Wohnungsbestände seit 1991 um über 20 Prozent reduziert werden. Über 70 Prozent der Bestände werden umweltfreundlich mit Fernwärme beheizt. Die CO₂-Emissionen konnten sogar um 25 Prozent verringert werden. Das zeigt: Die Wohnungswirtschaft macht ihre Hausaufgaben“, unterstrich Burkardt. BBU-Mitgliedsunternehmen seien daher auch weniger hart von den anvisierten Klimaschutzmaßnahmen betroffen als andere Vermieter. Dennoch kämen auch auf sie schätzungsweise 250 Millionen Euro pro Jahr an zusätzlichen Investitionen zu.

Diese Investitionen müssten sich rechnen. „Das Geld für den Klimaschutz muss irgendwoher genommen werden. Wenn es keine ausreichenden Förderungen gibt, muss das dann über höhere Mieten refinanziert werden.“ Auch Wohnungsunternehmen müssten wirtschaftlich handeln: „Die Bilanz muss stimmen.“

Investitionsrenditen landen bei Energieversorgern

Außerdem sei dringend geboten, dass die Politik endlich entschlossener gegen die Preistreiberei der Energieversorger vorgehe. Seit 2000 stiegen die Preise für Heiz- und Beleuchtungsenergie um fast 50 Prozent. „Bei Gas und Fernwärme sind es im Bundesdurchschnitt sogar deutlich über 60 Prozent.“ Es könne nicht angehen, dass die mit Milliardeninvestitionen der Vermieter erzielten Einsparungserfolge von den Energieunternehmen zu immer weiteren Preiserhöhungen genutzt würden. „Zwar wird dann weniger Energie verbraucht. Der Mieter findet das aber am Ende auf seiner Betriebskostenabrechnung kaum wieder.“

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)

Dr. David Eberhart

Sprecher des Verbandes

Mail: david.eberhart@bbu.de

Mobil : 0176/430 34512

Telefon: 030/897 81-118

Telefax : 030/897 81-4118

Unter dem Dach des BBU sind 368 Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<http://www.openPR.de/news/154050/BBU-Klimaschutz-fuehrt-zu-steigenden-Mieten-in-Berlin.html>

B.Z. 25. August 2007

Höhere Mieten erwartet

BERLIN - Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung kostet allein in Berlin und Brandenburg eine Milliarde Euro an zusätzlichen Investitionen. Dieses Geld müssten sich die Hauseigentümer mit höheren Mieten von den Mietern zurückholen, sagte Ludwig Burkhardt, Vorstandsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU).

Tagesspiegel 1. September 2007

BBU: Klimaschutz treibt Mieten

Das Klimaschutzprogramm kann nach Auffassung der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) die Wohnungswirtschaft und die Hauseigentümer der Hauptstadtregion jährlich eine Milliarde Euro an zusätzlichen Investitionen kosten. Diese Investitionen müssten durch höhere Mieten wieder hereingeholt werden, sagte BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkhardt. „Wenn sich das Programm einigermaßen rechnen soll, müssten auch die Landesregierungen endlich entschlossener gegen die Preistreiberei bei der Energie vorgehen“, fügte Burkhardt hinzu. ddp